

in pbarfbarer Weise oder in völliger Unkenntnis der tatsächlichen Zusammenhänge auf die Mithrirkchaft der Staatsbetriebe, Eisenbahn, Post usw. losgelassen, mit einer an unübertreffliche Stumpfsinnigkeit grenzenden Wirklichkeit werden dann im Handelsteile die Grobhandelspreise für alle Rohstoffe und Fertigfabrikate in der Regel sehr respektvoll registriert, die in Wirklichkeit erst dazu beitragen, daß die Staatsbetriebe aus der Weltwirtschaft nicht herauskommen, weil sie ihre Preise nicht diesen unverkürzten Wucherenden im Grobhandel, in der Grobindustrie, in Gewerbe und Landwirtschaft anpassen wollen. Das volkswirtschaftlich irreführlche oder überhaupt nicht befehrbare Leserpublikum merkt diese Doppelzünglichkeit nur dunkel. Und wo wirklich noch ein kleiner Schimmer wirtschaftlicher Erkenntnis vorhanden ist, wird er durch die Aufbausand und einseitige Darstellung der Lohnkämpfe der Angestellten und Arbeiter sofort wieder verwischt. Ursachen und Wirkungen werden teils absichtlich, teils unabsichtlich verwechselt, und damit eine wirtschaftliche und soziale Verwirrung geschaffen, bei der alle im frühen fischen können, deren Vaterland und Menschenwürde sich in den Grenzen ihres Magens und im Geldbeutel verkörpert.

Es wäre uns leicht, diese Beispiele der Mitschuld der deutschen Presse an Deutschlands Not und Elend noch spaltenlang fortzuführen. Wir können zwar auch Beispiele ehrlcher Bekämpfung dieser Presselünden und Auswüchse in Politik und Wirtschaft anführen; aber leider sind die letzteren Bemühungen viel zu schwach, um den volks- und wirtschaftsvergiftenden Einfluß der von uns gekennzeichneten Presse irgendwie erfolgreich zu bekämpfen. Wir wissen wohl, daß es mancher kleine Zeitungsleger in Grobstadt wie Proding bitter an seinen Einnahmen spüren müßte, wenn er nicht mit den Wölfen heulen würde. Und dennoch möchten wir angesichts der zunehmenden Verbreitung der Arbeiterpresse und deren Erfolge darauf hinweisen, daß die ganze bisherige volks- und sozialwirtschaftliche Haltung des größten Teiles der bürgerlichen Presse ihren eignen Untergang heraufbeschwört, wenn sie in bisheriger Weise fortfährt, die „öffentliche Meinung“ in verbindlicher oder unverbindlicher Form im Dienste rücksichtsloser Profitwirtschaft „nach Berechnung“ zu färbem. Als Buchdrucker haben wir, wie schon erwähnt, ein begreifliches Interesse daran, daß das Zeitungs- und Verlagswesen einen immer größeren Aufschwung nimmt. Dazu gäbe es noch fast unerschöpfliche Möglichkeiten. Diese werden aber in ablehbarer Zeit verschüttet sein, wenn von den bisherigen Formen der einseitigen, ischulischen Information und Belehrung in der Tagespresse nicht abgewichen wird. Am schwersten wird und muß sich diese Praxis in wirtschaftlichen Dingen rächen. Sie führt zur Verhärtung der Stillegegenstände, Koll zu ihrer Beseitigung. Sie erschüttert das Vertrauen der Volksschichten untereinander und schafft fortgesetzt neue Reibungsflächen innerhalb der deutschen Volkswirtschaft und löst damit gleichzeitig deren rationalen Neuaufbau zum Schaden aller Volksschreie. Innerweltliche Werte geistiger und materieller Art sind auf diesem Wege durch die Haltung des größten Teiles der deutschen Presse dem Auslande gegenüber dem deutschen Volk und seiner Wirtschaft schon verloren gegangen.

Nicht minder schädlich und vergiftend wirkt und wirkt noch der größte Teil der bürgerlichen Presse auf die innerdeutschen Verhältnisse. Das Wucher- und Schieber- tum konnte nur deshalb einen so unheimlichen Umfang annehmen, weil die deutsche Presse im allgemeinen sich als unsäglich erweh und zum größten Teil auch gar nicht darauf eingestellt war und ist, diese Pest offen und ehrlch zu bekämpfen. Insbesondere der deutschen Gewerkschaftsbewegung gegenüber behauptet die deutsche Presse auch heute noch eine Welt- und Sachfremdheit, die kaum zu beschreiben ist. Hier, wo es sich in Wirklichkeit um einen in schwerer Not und ehrlcher Arbeit ringenden großen Teil des Volkes, der sein Leben und die Zukunft des ganzen Volkes nur auf engster, gemeinsamer Arbeit aller Volksgenossen aufbauen will, handelt, weh die deutsche Tagespresse in der Regel nur häßlich zu kritisieren oder zu schimpfen, während sie für die egoistische privatkapitalistische Wirtschaftsform alle Register hochhöbender Propaganda zu ziehen verfocht. Sie scheint gar keine Ahnung von den tatsächlichen Zwecken und Zielen der Gewerkschaftsbewegung zu haben, die sich das Eintreten für das Allgemeinwohl zum Lebensprinzip gemacht hat.

Gerade die gegenwärtige wirtschaftliche Not, in der sich infolge der Valutakatastrophe das ganze Gebäude der sogenannten freien Wirtschaft abermals als künstliches Kartenhaus erweisen hat, könnte ein allgemein verständlicher Anlaß zur Umkehr auf den Weg der Wahrheit und Ehrlchheit für die gesamte deutsche Presse sein. Die mann- haffen Worte, die vor einigen Tagen der deutsche Reichskanzler Dr. Wirth beim Empfang der Berliner Presse gesprochen hat, müßten eine feste Brücke bilden, die zu diesem kulturellen Neuaufbau praktischer deutscher Presse- aufgaben führen könnte. Wir würden es freudig begrüßen, wenn der Appell des ersten deutschen Staatsmanns der Gegenwart in dieser Richtung auf fruchtbaren Boden ge-

fallen sein würde. Der stürmische Beifall und das Händeklatschen der vor dem Reichskanzler versammelten Pressevertreter allein verbürgen dies noch nicht. Sehr heißt es, zu zeigen, daß die deutsche Presse nicht nur eine einseitig orientierte Interesstenpresse ist, sondern Träger und Verkünder eines ernsthaften und ehrlchen Willens, der darauf gerichtet ist, zwischen Wirtschaft, Politik und deutschem Volksgelste solche Verbindungen herzustellen, die dazu beitragen können, die Not des Volkes wirksam zu bekämpfen und alle Kräfte zu wecken, die freudig bereit sind, der Welt zu zeigen, daß das deutsche Volk nach Innen und außen am Neuaufbau einer höheren Menschheitskultur mitmachen kann und will. Verkümt aber die deutsche Presse auch diesmal den Anstich an die wahren Hebelkräfte aller menschlichen Kultur, dann wird die Entwicklung sicher über sie hinweggehen und die Geschichte der Zukunft ein vernichtendes Urteil über sie fällen! Dann wird zur grausamen Wahrheit werden, was Ferdinand Lassalle schon vor fünfzig Jahren mit folgenden Worten prophezeit hat: „... wenn nicht eine totale Umwandlung unsrer Presse eintritt, wenn diese Zeitungspest noch fünfzig Jahre so fortwüthet, so muß dann unser Volksgelst verderbt und zugrunde gerichtet sein bis in seine Tiefen! Wenn ihr begreift, wenn Tausende von Zeitungschreibern, diese heutigen Lehrer des Volkes, mit hunderteulenden Stimmen täglich ihre stupide Unwissenheit, ihre Gewissenlosigkeit, ihren Euanudensinn gegen alles Wahre und Große in Politik, Kunst und Wissenschaft dem Volke einbauchen, dem Volke, das gläubig und vertrauend nach diesem Gifte greift, weil es eine geistige Stärkung aus demselben zu schöpfen glaubt, nun, so muß dieser Volksgelst zugrunde gehen, und wäre er noch dreimal so herrlich!“

Gewerkschaftsrevue

Der Rechenschaftsbericht des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung im Vorjahre, den wir in Nr. 140 aus- zugeweihe behandeln, vermittelte ein Bild des gemäßigten Apparats der Gewerkschaften der deutschen Kopf- und Handarbeiter. Trügerliche Selbsttäuschung wäre es jedoch, in den großen Metallbergauben allein die Stärke der Gesamtorganisation zu erblicken. Diese liegt vielmehr in der Weisheit der Mitglieder begründet, in ihren Anschauungen und Auffassungen, in ihrem Geisteszustand und in ihrer Willensbetätigung. Hier kräftigend und zusammenfübrend einzuwirken, ist Pflicht aller wirklichen Gewerkschaftler; hier Klarheit zu verbreiten im Erkennen von Weg und Ziel, im Abwägen von Erreichbarem und Unerreichbarem, ist eine dankenswerte Aufgabe für jeden dazu Berufenen.

Bei aller geistlichen Aufklärungsarbeit sind sich viele Arbeiter noch nicht klar über die Vorbedingungen erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit. Rechter Verbands- gelst gründet sich nicht bloß auf Überzeugungsstreue, er muß auch von Opfermut getragen sein. Leider fehlt es in keiner Gewerkschaft an solchen Mitgliedern, die jede Beitragsmark möglichst schnell in eine Lohnerböhung umgewandelt leben möchten. Wenn es nicht sofort gelingt, Schwierigkeiten auf dem Lohngelste zu beseitigen, schimpfen gerade die Beitragsmindernden am meisten über die angebliche Schlappheit der Verbandsleitung, die sich nur im Bremsen befäßigt. Bis zur Organisationsverdroffenheit ist bei ihnen nur ein kleiner Schritt, und gar bald reißt dann die „Überzeugung“, daß es schade sei um die hohen Beiträge, und daß der Verband gar keinen Zweck habe. Die eingetretene Geldentwertung hat zur Folge gehabt, daß sämtliche Gewerkschaften zu Beitragserböhung en schreiten mußten, um sich in jeder Beziehung leistungsähig zu erhalten. Dabei hat es sich gezeigt, daß die Zahl derjenigen, die da glauben, mit dem alten Beitrag die Welt stürzen zu können, noch ziemlich groß ist. Gewiß muß der herrschenden allgemeinen wirtschaftlichen Not ein Teil der mangelnden Opferbereitschaft für die Gewerkschaften zugeschrieben werden, aber sicherlich ist dieser beklagens- werte Mangel an Opfermut in der Hauptsache zurückzuführen auf über angebrachte Eiteligkeit, die dem einzelnen keinen nennenswerten Nutzen, der Allgemeinwohl aber unter Umständen beträchtlichen Schaden bringen kann.

Der Grundsatz, den Wochenbeitrag nach dem Mehrfachen des Stundenlohns zu bemessen, setzt sich in den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden in immer stärkerem Umfange durch. Auf diese Weise vollzieht sich die Anpassung der Beitragsätze an die Leistungen der Verbände auf dem Unterfütungsgebiet am sichersten und gerechtlichsten. Von jeder mit Hilfe der Organisation erreichten Lohnerböhung muß auch der Verbandshafte ein kleiner Bruchteil zufließen. Wenn es nicht geschieht, erleidet die Kampfkraft der betreffenden Gewerkschaft bei der heutigen Geldentwertung eine starke Einbuße. Ein kleiner Überblick über die gegenwärtige Beitragshöhe in einer Reihe von Gewerkschaften aller Größen dürfte nicht ohne Interesse sein. Es zählten an Verbandsbeiträgen, auf den Monat berechnet: Böttcher und Köfer bis 27 Mk., Stöbtlören und Bäder bis 34 Mk., Zimmerer bis 20 Mk., Konbographen bis 35 Mk., Brauerei- und Mühlenarbeiter bis 45 Mk., Holzarbeiter bis 40 Mk., Gärtner bis 34 Mk., Malchmisten und Selzer bis 24 Mk., Schuhmacher bis 28 Mk., Steinmetzer bis 28 Mk., Kupferarmie bis 28 Mk., Textilarbeiter bis 32 Mk., Bauarbeiter bis 36 Mk., Berufsfeuerwehrmänner bis 50 Mk., Steinarbeiter bis 24 Mk., Leberarbeiter bis 32 Mk., Fleischer bis 35 Mk., Schneider bis 26 Mk., Poliere bis 50 Mk., Töpfer bis

36 Mk. Es handelt sich hierbei lediglich um Beiträge für zentrale Kassen, zu denen in den meisten Verbänden noch ansehnliche Beiträge für lokale Kassen sowie für besondere Unterfütungszwecke kommen. Man sieht aus dieser Zusammenstellung, daß nicht wenige Gewerkschaften die gleichen und noch höhere Beiträge zahlen als die Buchdrucker, die — wie man so sagen pflegt — „den übrigen Arbeitern das Beitragszahlen und Organisieren erst lehren“.

Als sonderbare Feltige erweisen sich die Kommunisten gegenüber den unbedingten nötigen Beitragserböhung der Gewerkschaften. Obwohl auch sie bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und in sonstigen Wechselfällen des Lebens auf die gewerkschaftlichen Unterfütungseinrichtungen angewiesen sind und davon Gebrauch machen, wird von ihnen gegen Beitragserböhung geweltet, soweit diese mit den erhöhten Anforderungen auf dem Unterfütungsgebiete motiviert werden. Als ob eine ernsthaft zu nehmende Gewerkschaft unter den heutigen Verhältnissen darauf verzichten könnte, ihre Mitglieder in Notfällen über Wasser zu halten! Der wahre Grund für das Verhalten der Kommunisten liegt ja auch tiefer: man will der verhassten „Gewerkschaftsbureokratie“ durch Vorentaltung der erforderlichen Mittel ein erprießliches Arbeitserschweren. Das Theorie und Praxis der Kommunisten sich fast nie decken, kann man überall beobachten, wo sie von Worten zu Taten übergehen. So sind in Berlin die bisher im Holzarbeiterverband organisierten Kistenmacher unter stark kommunistischem Einfluß zur höheren Ehre der „Einigung des Proletariats“ und des Industrieverbandes zur Gründung einer Sonderorganisation übergegangen, die einen Wochenbeitrag von 50 Mk. erheben will. Die Mehrzahl der Kistenmacher süßte sich indessen in der neuen Siedlung nicht wohl und erkannte schnell, daß nur der Holzarbeiterverband die für sie allein zuständige Gewerkschaft bildet. Auf die kommunistische Theorie und Praxis warf die Verammlung der Berliner Kistenmacher am 26. November, in der eine Neuwahl der Branchenleitung erfolgte, ein bezeichnendes Licht. In der sachlich gehaltenen Aussprache wurde nämlich mitgeteilt, daß die Leiter der kommunistischen Sonderorganisation die hohen Beiträge dadurch aufbringen wollen, daß sie sich bei den Unternehmern um Überstunden bemühen bzw. sich zur Leistung solcher anbieten. So haben wir uns die lautesten Rufe gegen Beitragserböhung ungelähr vorgefellt!

Die Gewerkschaften haben wirklich alle Ursache, ihre Organisationen zu stärken und durch die gewerkschaftliche Zusammenarbeit den Boden zu bereiten für die politische Einheitsfront der Arbeiterschaft. Das organisierte Unternehmertum ist gegenwärtig in einer Mobilmachung auf der ganzen Linie begriffen, um eine Stärkung des Arbeitgebergedankens zu erreichen. Bereits im August wurde in einer Sitzung des Groben Ausschusses der vereinigten Unternehmervverbände vorgeschlagen, zur Entfaltung einer „Propaganda des Arbeitgebergedankens“ außerordentliche Mittel flüssig zu machen. Eine einmalige Einlage von etwa einer Mark auf den Kopf jedes beschäftigten Arbeiters würde, wenn diese Maßnahme von sämtlichen Verbänden durchgeführt wird, genügen, um die „zunächst unbedingt notwendigen Mittel“ zusammenzubringen. Darüber hinaus sollten die großen kapitalkräftigen Firmen und Konzerne veranlaßt werden, besondere Zuwendungen für den Propagandafonds zu machen. Um die Opferbereitschaft des Unternehmertums anzufachen, wurde daran erinnert, daß allein der Etat einer einzigen Gewerkschaft, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, im verflohenen Jahr über 140 Mill. Mk. betrug, darunter allein für Agitation, Presse und Propaganda 12 Mill. Mk. Wir wissen positiv, daß der Vorschlag des Groben Ausschusses der Vereinigung der Deutschen Arbeitgebergverbände bei den angeschlossenen Unternehmervorganisationen tatkräftige Unterfütung gefunden hat. Es handelt sich dabei um eine planmäßige Erfüllung der öffentlichen Meinung, die vom Unternehmertum neuerdings in verstärktem Maße betrieben wird zur Erreichung selbstfütiger Ziele. Die „Deutsche Arbeitgebergzeitung“ als Zentralorgan genügt nicht mehr, obgleich sich diese fortgesetzt mit dem Nachweis abmüht, daß die Arbeiter zu viel verdienen, zu wenig arbeiten und trotzdem das schönste Leben auf der Welt führen, auf Kosten der geplagten Unternehmer und Aktionäre natürlich. Dementsprechend teilt das genannte Schwarzmachergang für Medrgrabaltung der Löhne bzw. Lohnabbau, Beseitigung des Achtstundentags und für Akkordarbeit ein. Dabei unterlaufen allerdings die tollsten Widersprüche und Inkongruenzen. In Zukunft soll für die „Propaganda des Arbeitgebergverbandes“ bedeutend mehr geschehen. Deshalb die Werbung für die Abführung von außerordentlichen Geldmitteln. Aber das eigenliche Propagandaprogramm ist die Zentrale der Arbeitgebergverbände gern bereit, die Einzelverbände mündlich zu informieren, da man bei der Vertraulichkeit der Materie von der weiteren Überlegung von Veröffentlichungen Abstand nehmen zu müssen glaubt.

Als vor gar nicht langer Zeit dringend notwendige erhöhte Lohnforderungen von den Arbeitern erhoben wurden, erklärte die maßgebende Unternehmervorganisation „die mit unverantwortlicher Übertreibung der Dinge in der Öffentlichkeit geführte Agitation sowie die darin zum Ausdruck gebrachten Forderungen als durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt“. Außerdem wurde die Erklärung abgegeben, daß höhere Löhne nur dann zugestanden werden könnten, „wenn gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsleistung erfolgt und zu diesem Zweck auch die Tarif- und Lohnpolitik von allen produktionsbestimmenden Bestimmungen freigegeben wird“. Auf die Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft und eine Verlängerung der Arbeitszeit sind die wahren Ziele der vereinigten deutschen Arbeitgebergverbände also gerichtet. Der

Bundesauschuss des ADGB, tat darum nur seine Pflicht, wenn er gegen die deutlich erkennbare Absicht der Scharfmacherzentrale, eine erhöhte und unbefristete Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft durchzuführen, entsetzten Front machte und den schärfsten, geschlossenen Widerstand der Gewerkschaften gegen solche arbeiterfeindlichen Bestrebungen mit Bestimmtheit anbot.

Das war für die Vereinigung der Deutschen Arbeitsgeberverbände das Signal, die „Propaganda des Arbeitsgebergedankens“ mit verstärktem Eifer zu betreiben. In einem an die deutsche Arbeitsgeberliste gerichteten Aufrufe wird auf den bevorstehenden Kampf hingewiesen, bei dem es sich um Leben und Lohnforderungen drehe, in dessen Hintergründe aber ein viel weitergehendes Ziel liege. Nur wenn die Arbeitsgeber in geschlossener innerer Front einig aufstünden und sich Rüstzeug schafften, um der Agitation der Gegenseite in der Öffentlichkeit standhalten und ihr zu begegnen, könnten sie den drohenden Kampf in Ruhe aufnehmen. Dann heißt es in dem Aufrufe wörtlich weiter:

Der Vorstand und der Große Ausschuss der Vereinigung der Deutschen Arbeitsgeberverbände hält es daher für unumgänglich notwendig, daß durch eine umfassende Propaganda aller Verbände unter Leitung ihrer Spitzenorganisationen mehr als bisher in der Öffentlichkeit der „Arbeitsgebergedanke“ mit seinen Rechten und Forderungen vertreten, und daß andererseits durch erhöhte Propaganda die innere Kampffront der deutschen Arbeitsgeberklasse gekräftigt wird. Diese Kräftigung der inneren Kampffront ist um so notwendiger, als sich ja bekanntlich gerade in letzter Zeit die großen Organisationen der Beamten mit denen der Arbeiter und Angestellten grundrühlich auf gewerkschaftlicher Anschauung geeinigt haben.

Wir fordern daher die Industrie heute auf, in eigener Sache ihrer Spitzenorganisation, der Vereinigung der Deutschen Arbeitsgeberverbände, für die besonderen Zwecke der Propaganda, die Mittel zur Verfügung zu stellen, deren sie bedarf, um der gesamten Arbeitsgeberklasse die Machtmittel und den Einfluß zu geben und zu sichern, welchen sie zur Durchführung ihrer sozialpolitischen und sonstigen Aufgaben, Ziele und Forderungen dringend benötigt.

In der Sitzung des Großen Ausschusses der Vereinigung am 10. August, in der die Vertreter der großen Fachverbände und regionalen Spitzenvereinigungen anwesend waren, hat der zweite Vorsitzende des Propagandaausschusses das Propagandaprogramm der Vereinigung eingehend entwickelt und begründet und in vollstem Maße die Zustimmung der Versammlung gefunden. Auf Einzelheiten an dieser Stelle einzugehen, verbietet die Vertraulichkeit des Gegenstandes. Es sei nur gesagt, daß die Erreichung des angegebenen Zieles mit allen nur möglichen und bewährten Mitteln der Propaganda unter Leitung und fähiger Mitarbeit der Herren des Propagandaausschusses erstrebt werden soll. Die im Vorstand und Ausschüsse der Vereinigung vertretenen deutsche Arbeitsgeberliste hat einstimmig beschlossen, der Vereinigung ausreichende Mittel für diesen besonderen Zweck zur Verfügung zu stellen und bittet hiermit alle Arbeitgeber, schnell und reichlich durch ihre Verbände oder auch unmittelbar eine einmalige Summe in größtmöglicher Höhe zu spenden. Die Unterzeichnenden glauben, daß die deutsche Industrie, die Millionen und aber Millionen für soziale und gemeinnützige Organisationen in unelggennütiger Weise auswendig hat, auch diesmal nicht verjagen wird, wo es um die eigne Sache geht.

Die Einzahlungen bitten wir auf das Sonderkonto der Vereinigung „Propagandafonds“ bei der Diskontogesellschaft, Berlin W 8, Unter den Linden 35, vorzunehmen.

Der Zweck dieses in strengster Heimlichkeit vorzubehaltenden Aufrufs der Vereinigung der Deutschen Arbeitsgeberverbände liegt klar auf der Hand. Man will mit Hilfe der dem Propagandafonds zweifellos aufzubauenden Mittelsummen die Öffentlichkeit in Wort und Schrift irreführen über die „unverhättnismäßigen“ Forderungen der Arbeiter und die angebliche Notlage der Arbeitgeber. In dem Aufrufe liegt aber zugleich auch eine Mahnung an die Arbeiterklasse zur Wahrung der Geschlossenheit der inneren Kampffront und zur Bekämpfung von Spitzmännern. Wer seiner Gewerkschaft die Mittel verweigert, die zur Führung des Abwehrkampfes und zur Intakthaltung der Organisation notwendig sind, der begeht Verrat an sich selbst und an seinen Berufsgenossen.

Angesichts des mächtig organisierten Unternehmertums und seiner rücksichtslosen Pläne und Forderungen haben sich die zentralen freigewerkschaftlichen Körperstellen bekanntlich zu entscheidenden Beschlüssen genötigt. Sie kleideten ihre Gegenforderungen in zehn festumrissene Punkte, deren Wortlaut wir in Nr. 134 an leitender Stelle veröffentlichten, und sie verlangten von Reichsregierung und Reichstag die Durchführung bestimmter gesetzgeberischer Maßnahmen. Unbestreitbar hat die Aufhebung der zehn wirtschaftspolitischen Forderungen des ADGB, und der Afa auf die Gesamtarbeiterliste den allerbesten Eindruck gemacht. Immerhin wurde vielfach der Wunsch laut, daß die Forderungen nicht bloß auf dem Papiere stehen bleiben möchten. Andererseits lebte es auf Seiten der Kommunisten, die ihre Ziele davon schwimmen lassen, nicht an demagogischen Verdächtigungen der gewerkschaftlichen Aktion. Angeblich und Leidenschaftlich führen jedoch leicht zu tatsächlichen Anklagen und dementsprechenden Rückschlüssen, deshalb ist beides als un-

zweckmäßig für den Gewerkschaftskampf abzulehnen. Eine gesunde Gewerkschaftspolitik muß sich vielmehr auf Ruhe, Abriegelung und Ausbau gründen. Diese drei Grundprinzipien liefern erst einen wirksamen Fortschritt. Daß die Leistungen des ADGB, und der Afa den letzten Willen haben, für die Durchsetzung der zehn Forderungen den Kampf aufzunehmen, das geht aus zwei neuen Kundgebungen hervor. In der Antwort der Vorstände des ADGB, der Afa und der Reichsbetriebsrätezentrale auf die von einer Berliner Betriebsobereinstimmung auf Veranlassung einer mittleren Betriebsrätekommission aus dem Reich geforderte Einberufung eines allgemeinen Betriebsrätekongresses, der dem Kampf um die Forderungen der Gewerkschaften größeren Nachdruck verschaffen sollte, heißt es u. a.:

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 25. November können wir Ihnen mitteilen, daß die Gewerkschaften sich des Ernstes unserer gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage durchaus bewußt sind, es aber gerade im Interesse der Erhaltung einer geschlossenen gewerkschaftlichen Kampffront für bedenklich halten, wenn immer wieder versucht wird, im Augenblick der schärfsten wirtschaftlichen Krise neue und willkürlich zusammengewürfelte Vertretungen der Arbeitnehmer zu bilden. Die gewerkschaftlichen Organisationen und ihre gewählten Körperstellen müssen es ablehnen, die Verantwortung für Aktionen zu tragen, die von irgendwelchen fliegenden Kommissionen eingeleitet werden.

Bei den Betriebsräten ist ein solches Vorgehen um so weniger zu billigen, als der erste Reichsbetriebsrätekongress eine mit dem ADGB, und Afa-Bund organisch verbundene Betriebsräteorganisation geschaffen hat. Es kann von uns nicht erwartet werden, daß wir unter Ausnutzung der innerhalb der freien Gewerkschaften bestehenden Betriebsräteorganisationen nunmehr Diktaturen einer völlig systemlos zusammengewürfelten Kommission einzelner Betriebsräte entgegennehmen sollen.

Gleichwohl haben die beiden unterzeichneten Vorstände die sachliche Notwendigkeit des von Ihnen angeregten Reichsbetriebsrätekongresses geprüft. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß sich die Aktivität der organisierten Arbeiter und Angestellten, wie sie durch die wirtschaftliche Lage jetzt bedingt ist, keineswegs in der Veranstaltung von Betriebsrätekongressen auswirken müßte. Die Gewerkschaften haben ein wirtschaftliches Programm zur Sanierung der Reichslinien und damit auch zur Milderung der bestehenden Teuerung herausgebracht, für dessen Erfüllung sie kämpfen werden. Wir rechnen in diesem schweren Kampf auch auf die Unterstützung der Betriebsräte, denn es kommt darauf an, daß die von uns eingeleitete Bewegung vor allem auch drücklich von den breiten Schichten der Arbeitnehmer getragen wird. Es wird also Aufgabe der Betriebsräte sein müssen, besonders dahin aufzuklären zu wirken, daß es nicht genügt, Lohnbewegungen zu machen, sondern daß die Belegschaften die Gewerkschaften darin unterstützen müssen, die Ursachen der anhaltenden Teuerung und der Not zu beseitigen.

Diese aufklärende Kleinarbeit, in der die wesentliche Voraussetzung für eine Steigerung unserer Aktionskraft liegt, kann auf keinen Fall durch die dauernde Veranstaltung von Betriebsrätekongressen erlernt werden, es muß auch einmal erklärt werden, daß die Inanspruchnahme der von der organisierten Arbeitnehmerliste ausgehenden Organisationsmittel für Kongresse nicht unbegrenzt sein kann.

Es wird in nächster Zeit Gelegenheit gegeben sein, auf den großen Ausschüssen des ADGB, und des Afa-Bundes das Steuerprogramm der Spitzenverbände weiter zu behandeln und die erforderlichen Beschlüsse zu fassen, und es besteht daneben noch die Möglichkeit, auch durch Einberufung des gewählten Beirats der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale dessen Mitwirkung an dieser Bewegung zu sichern.

Der Inhalt dieser Antwort ist sicherlich nicht bloß für den Adressaten bestimmt, sondern man muß darin auch das Versprechen an die Gesamtarbeiterliste erblicken, daß die Vorstände der zentralen gewerkschaftlichen Körperschaften sind, die gesammelte organisatorische Kraft der Gewerkschaftsbewegung für die Durchführung der hohen Ziele einzusetzen, die in den zehn Forderungen festgelegt sind.

Der Aufforderung des ADGB, und der Afa an die Gewerkschaften folgend, für das steuerliche Mindestprogramm mit allem Nachdruck einzutreten, nahm kürzlich die Berliner Gewerkschaftskommission Stellung zu den zehn Forderungen des ADGB, und der Afa, Aufhäuser, der Vorstände des Afa-Bundes, kennzeichnete als Kernstück der Entstehung der jetzigen Teuerungswelle, die ihren Ursprung in dem Fallenzustand der Zwangswirtschaft habe. Die gewerkschaftlichen Kämpfe vermöchten den notwendigen Ausgleich nicht herbeizuführen und man müsse dem Grundübel zu Leibe gehen. Das Ziel ist, die Notenpresse stillzulegen. Die Experimente der Regierung in der Steuerfrage seien ungeeignet, den Ausgleich herbeizuführen. Dem Reiche, das vollständig verarmt sei, müßten wieder reale Werte zugeführt werden. Trotzdem mehr gearbeitet und auch mehr exportiert wurde, habe das Reich nichts davon gehabt, weil die Exporteure ihre Guthaben im Auslande heben ließen und so unsere Wäluung noch mehr herabdrückten. Die immer größere Verarmung der Privatkapitalisten auf der einen, die immer größere Verarmung des Staates auf der andern Seite müßten zur totalen Verelendung des Volkes führen. Ein Ausgleich dieses Gegenlatzes sei nur

möglich durch Eingriffe in das Privateigentum, durch Herabsetzung der Sachwerte. Sachliche Gründe kann die Industrie dieser Forderung nicht entgegenstellen. Deshalb verliert sie ihre Abbiegung, ließ sie das Projekt der „Kredithilfe“ aufkommen, um eine Beteiligung des Reiches an den Schwerten zu verhindern. Diese Kredithilfe der Industrien habe jedoch die Regierung ablehnen müssen. Aber es werde fortwährend hinter verschlossenen Türen verhandelt, und es sei damit zu rechnen, daß kurz vor dem 15. Januar 1922 der Regierung ein Ultimatum gestellt werde. Bei Annahme der Kredithilfe der Industrie sei keine Änderung der Besitzverhältnisse zu erwarten. Im Gegenteil, das Reich würde in ein größeres Abhängigkeitsverhältnis der Kapitalisten gelangen. Diese Gebankengänge seien für den ADGB, und die Afa maßgebend gewesen, um die zehn Forderungen aufzustellen. Wenn es im Schlußstadium des Ultimatums bestehe, für dieses Mindestprogramm ist die ganze organisatorische Kraft einzusetzen, so bedeute dies, daß jetzt alles auf einen Punkt konzentriert lie. Das Parlament lasse nicht abzu erwarten. Der Kampf werde außerparlamentarisch von größter Heftigkeit sein. Wenn die Arbeiterklasse geschlossen den Kampf aufnimmt, sei der Erfolg sicher.

Sämtliche Diskussionsredner stellten sich auf den Standpunkt des Referenten. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde ganz entschieden protestiert gegen die vom Reichsverband der Deutschen Industrie aufgestellten Bedingungen in der Frage der Kredithilfe, die als eine Provokation des werkschaftlichen Volkes aufgefaßt werden müssen. Von der Reichsregierung forderte die Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission, die 95000 organisierte Arbeitnehmer vertritt, daß die Forderungen des ADGB, und der Afa als Ganzes rücksichtslos durchgeführt werden, wenn nicht anders, so legen den Widerstand der bestehenden Klassen.

In einer so ernstlichen wirtschaftspolitischen Situation wie der gegenwärtigen haben die deutschen Gewerkschaften noch nie gestanden. Jetzt gilt es erst recht, gewerkschaftliche Selbsttätigkeit zu üben. Abriegelung und Stimmungspolitik können uns schwer schaden in einer Situation, in der das Unternehmertum sich eine neue Nahrung zu beschaffen im Begriff ist, um zum Hauptschlag auszubringen. Es wünscht nichts sehnlicher, als daß die Arbeiterklasse ihrer inneren Erregung freien Lauf läßt und aus Gange geht. Um so leichter fällt den Unternehmern diplomaten dann die Abwürgung. Der Metallarbeiterkampf im Düsseldorf-Bezirk, in dem 60000 Arbeiter nach drei Wochen vom Großhospital niedergebungen sind, bildet ein warnendes Beispiel. Von klarer Vernunft und kühler Erwägung muß sich die deutsche Arbeiterklasse lassen fallen, wenn sie in dem Kampf um Privatbesitz oder Sozialreform die riesigen Schwierigkeiten auf bürgerlicher Seite überwinden und Erfolge erzielen will. Bereit sein ist alles!

Verschiedene Eingänge

„Deutscher Buch- und Stein drucker.“ Monatlicher Bericht über die graphischen Künste mit der Unterhaltungsbeilage „Graphische Gelehrten“, vereinigt mit dem „Journal für Buchdruckerkunst“. Herausgeber Ernst Böhm in Berlin W 57, Dennewitzstraße 19, Oktober 1921. 21. und 22. Jahrgang. Preis 6,50 Mk. Preis vierteljährlich 15. Mk., einschließlich des Weihnachtsheftes 60 Mk. Jahrsheft, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Fehlfelder Straße 32.

„Der Maschinenmeister im Buchdruckgewerbe.“ Mitteilungen der Zentralkommission für den Maschinenmeister Deutschlands. Nr. 6, 10. Jahrgang. Zu beziehen durch Dr. Ackermann, Berlin-Tempelhof, Schillingstraße 5, Erba, Berlin-Bezirk.

„Das Postulat der Buchdrucker.“ Auszug aus der sonst üblichen Deposition, wie solche bei Annehmung und Bestätigung eines Jungens-Gesellen, der die übliche Anzahl Buchdrucker redlich erlernt, verfaßt wird. Ein in typographischer Ausführung sehr geistiger Abdruck einer älteren Originalhandschrift nebst einer Erinnerung. Eine Erinnerungsschrift zur Prinzipalsatzung in Bad Wildungen im September. Gewidmet von der Schriftsetzerin O. Stempel, L.-G., Frankfurt a. M.

„Hungerland.“ Sozialer Roman aus dem Leben der Bergarbeiter. Von Georg Werner. 205 Seiten. Preis 4 Mk. Verlag „Volkswohlfahrt“-Buchdruckerei, G. m. b. H., Breslau 2, Gurlerstraße 4/6.

Gestorben

- In Dudweiler am 29. Oktober der Buchdruckereibesitzer Kurt Unterkeller, 39 Jahre alt.
- In Grotz (Westl.) der Buchdruckereibesitzer Wilhelm Volz, 45 Jahre alt.
- In Hamburg am 29. Oktober der Seher Otto Tobaben aus Altona, 41 Jahre alt.
- In Hildesheim am 12. November der Seher Hermann Wassermon, 23 Jahre alt — (Folgen einer Operation).
- In Aßen am 26. September der Seher Emil Odenbahl von dort, 45 Jahre alt.
- In Hildesheim am 19. Oktober der Seher Ernst Godighell von dort, 31 Jahre alt.
- In Konstantz am 27. Oktober der Seher Karl Müller aus Waihingen.
- In Ludwigsburg am 28. Oktober der Schwelzberger Hermann Gauß aus Waihingen, 25 Jahre alt.
- In Mannheim am 27. Oktober der Buchdruckereibesitzer Alois Bark, 56 Jahre alt.
- In Hiltz (Hild.) am 15. November der Maschinenleiter Johann Bachholt, 51 Jahre alt. Unstirbt.
- In Worms der Buchdruckereibesitzer Philipp Grubn.
- In Zittau am 8. November der Drucker Arno Schwarzell, 20 Jahre alt.

Briefkasten

P. S. in Hoffbus: Bericht über die Maschinenleerverammlung vom 23. Oktober mit der Stellungnahme zur Tarifabschlussung ging erst am 30. November hier ein. Wir betrachten ihn daher als erledigt. — M. W. in L.-G.: So kommen jetzt häufiger Anfragen nach den Regierungserlassen über die Vergebung amtlicher Druckarbeiten nur an Buchdruckereien. Es scheinen in kleinen Orten werkschließende Firmen wieder ins Leben zu kommen, die in dieser Klasse liegen zum Teil bereits existieren, die zu wollen. Diese Schließungen sind von Seiten der Arbeiter zu verhindern, um die Beziehung zum Tarifamt und von anderen Tarifkassen gestellte Arbeit im Besonderen demnach im Zusammenhang zu behandeln und Materialverluste dazu zu bringen. Denn nach der Kampf gegen die nur mit Verträgen arbeitende Schmelzhüttenkurven von dem aufgenommen werden. M. W. in L.-G.: Ich nehme! Wir freuen uns auf Ihre Anstalten. Wir werden in der nächsten Nummer einmal ein anderes Wort in der G. m. b. H. werden deshalb von Veröffentlichung ab. — P. S. in D.: Wird

ohne h gelchrieben von denen der Töne, die an solchem Orte mit Schwung und Ausdauer geredet werden, wofür S. M. wohl lebendiger Zeuge ist. Vergleichen Mitteilungen bringen wir aber erst dem Frühjahr nicht mehr, da sie zu sehr anwachsend und das Gedrängen von Arbeiteltern in ehrenamtlicher Hinsicht aller Art wie auch in den behördlichen Apparat unter den jetzigen Zeitumständen doch selbstverständliches Bestreben sein muß. Also der Konsequenzen wegen abgesehen; sonst aber sehr, Gruß an das Tonbankquartett. — S. A. in D.: Sie werden doch wohl selbst schon daran gedacht haben, daß nur aus Raumangel so lange Zurückstellung eintreten mußte. Aber nicht nur der Umstand, sondern auch dieser Dopplungsdruck zwingt zeitweilig zu größerer Einschränkung; die jedoch manchmal nur auf Kosten der weniger dringlichen Arbeit möglich gemacht werden konnte; so daß noch ältere Sachen vorliegen. Die übrige soll nun mit Ergänzung in aller Kürze herauskommen. — Fr. in S.: Mit Dank gelesen. — M. S. in Billingen: Daß heute neben vielen arbeitslosen Buchdruckern noch weit mehr in andern Berufen ihr Brot verdienen müssen als vor dem Kriege, ist demnach dem Geschäftsforscher der Staatsbankrotte im vorigen „Volksblatt“ ganz unbekannt zu sein. Wir wollen aber davon weiter kein Aufhebens machen; denn die Art „Beweisführung“ ist nicht für alle Väteren, die nur in der Erhaltung der Privatwirtschaft die einzige Rettung sehen. Sie kennen die Welt der rauhen Wirklichkeit nicht. Die natürliche Folge ist das heutige Gend der deutschen Volkswirtschaft! Überlich glänzend und innerlich faul bis ins Mark. — E. G. in Neuwied: 18 Mh. — K. S. in G.: 14 Mh.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamliploß 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfließ, Nr. 1191.

Bezirk Kagen. Die Verbandsfunktionäre werden gebeten, die Adresse des am 28. August 1921 von Trilon abgetrennten Gehers Rich. Schilldors aus Grubenheim (Hauptbuchnummer 98 866) an den Kassierer W. Steinmann, Kagen, W., Range Straße 28, gelangen zu lassen.

Zur Aufnahme gemeldet

(Eingewandungen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse):
Im Gau Mittelrhein 1. der Drucker Rudolf Arnold, geb. im Kandel (Pfalz) 1900, ausgl. bei 1919; 2. der Seher Friedrich Freilag, geb. in Eichenau 1861, ausgl. in Elmberg a. d. Lahn 1879; waren schon Mitglieder; 3. der Schweizerdegen Jakob Stein, geb. in Dueschhambach 1897, ausgl. in Winnweiler 1914; war noch nicht Mitglied. — Fr. Conrad in Mannheim, U 2, 9.

Im Gau An der Saale der Malchenleher Otto Herbig, geb. in Schliehnen (Ostpr.) 1897, ausgl. in Pilschallen 1919; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. d. S., Kleine Klausstraße 7 I.

Berichtungsberichte

Berlin. **Verammlung der Freien Faktorenvereinigung** Freitag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Obmlstraße 2.
— **Korrektorenverammlung** Sonntag, den 11. Dezember, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexanderstraße 44.
— **Malchenleherverammlung** Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Obmlstraße 2.
Dresden. **Stereotypen- und Galvanoplastikerberammlung** Sonntag, den 10. Dezember, abends 7 Uhr, im „Schneid's Galvanoplastik“, Kleine Plauenische Gasse 2 I.
Kielberg. **E. Sch. Malchenleherverammlung** Sonntag, den 11. Dezember, vormittags pünktlich 9 1/2 Uhr, im Gallof „Zur Alten Fohnung“, Sand 48.
München. **Korrektorenverammlung** Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, in der „Westermühle“, Bismarckstraße 24.
Plauen i. V. **Verammlung** Sonntag, den 10. Dezember, abends pünktlich 8 Uhr, im Gewerkschaftshause „Schwarzer Garten“.
Wernigerode. **Generalverammlung** Sonntag, den 10. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause „Monopol“.

Liedertafel „Gutenberg“ von 1877, Hamburg-Altona

Sonntag, den 18. Dezember, im „Gewerkschaftshause“, großer Saal:

Weihnachtsfeier für Kinder

Mitwirkende: Wilhelm Bischof (Märchenregalationen), Goltz Welfmann (Skizzen), Dora Hoffmann (Regenmäntel), 1836
Saalöffnung 3 Uhr. Anfang 4 Uhr. Ab 8 Uhr:

Tanz für Erwachsene

Eintritt für Mitglieder nebst Dame gegen Vorlegung der Mitgliedskarte frei. Mitglieder ab 50 Pf., erwacltene Eingeladene 3 Mh., eingekommene Kinder 2 Mh., Garberobee 1 Mh., zwei Kinder eine Garberobee. Karten sind im Verbandsbureau und in den Gesangsclubs zu haben. Zahlreiche Bestellung erwartet. Der Vorstand.

Tüchtige Justierer

Sofort gesucht!
Umsatzposition von uns zurückvergrübt
Schriftgießerei Brüder Butter
Dresden-N. 23, Großenhainer Straße Nr. 92

Zeilungs- und Akzidenzseher

in der Vorkalenderherstellung bewandert, such passende Konditionen, wo ihm Gelegenheit aboten ist, sich an der Schriftmalerei auszubilden. 31 Jahre alt, ledig. Offerte an D. Zauer, Eberstadt bei Darmstadt, Vullensstraße 1, erbeilen. 1828

Junger, strebsamer Schriftseher

bewandert im Werk, leichten Anzeigen- und Akzidenz- und sowie Zetteldruck, sucht für sofort oder später dauernde Stellung. 1831
Angebote erbitet Willi Kruse, Neumannstr., Christianstraße 59 II, bei Antikschön.

Erfurt! Magdeburg!

Akzidenzseher

21 Jahre alt, such Stellung. Eintritt Anfang Januar. 1830
Gefl. Angebote durch D. Schmsdorf, Magdeburg-Pl., Ribbeck-Str. 96, erbeilen.

Junger, flotter Seher

perfekt im aufen Anzeigen- und Geschäftsmalerei in Akzidenzarbeiten. such per sofort Stelle. Gefl. Offerte an D. Zauer, Eberstadt bei Darmstadt, Vullensstraße 1, erbeilen. 1828

Typographseher

(A und B) fünf Jahre Praxis, sofort Überstellung in W. witten - Rheinland. 16a auf der Wande schaff, erbitet Offerte unter „Alpina 22“ hauptpostl. Münster.

Bücher

und Schriften für die Fachbibliothek liefert

VERLAG DES BILDUNGSVERBANDES DER DEUTSCHEN BUCHDRUCKER G.M.B.H.
LEIPZIG, SALOMONSTRASSE 8
POSTSCHECKKONTO 53430

Dresden! Buchdrucker

Verband, Cabelsberger“ geg. 1908 Vereinslokal - Wauer. Drone, Neumarkt Übungsgelegenheit in mehr Abteilungen Reichhaltige Bibliothek. Auskunft durch Fr. Braunschwieg, Dresden-Str. Paulstr. 9

Wie die Form geschlossen und auf dem Bogen stehen soll, erklärt Ihnen Rauchs Formbuch mit 140 Abb. (geb. 18.50, Porto 1.50 Mh.). M. Rauch, Stuttgart, Sobenjollernstraße.

Maschinenband 13
Friedensqualität, liefern
Beuner & Wolf,
Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Segregale und Kästen 12
sowie Formregale, Segregale, Maßhölzer, Wägen- und Formschränke, Sägbreiter usw. liefern in bester Ausführung ab Lager.
Beuner & Wolf, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Reparaturen, Montagen
werden gut und billig ausgeführt von
Edwig Maritzen,
Düsseldorf, Jordanstraße 7.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Aufnahme durch die Kunstgewerbeschule Barmen.

Als praktisches Weihnachtsgeschenk

empfehle: 1821

„Der Maschinenmesser an der Schnellpresse“ mit Anhang: „Die Bogenanleger“, von Kurt Pelzer, Obermalchheimstraße 7, 750 Mh.

„Der Lehrgang des Buchdruckers in Fragen und Antworten.“ Speziell für Lehrlinge u. Gehilfenprüfung im Buchgewerbe eingerichtet. Band 6: „Der Schriftseher“, Band 7: „Der Drucker“. Jeder Band geb. . . 7.50 Mh.

„Der Ausfühler der Formen.“ Techn. Hilfsbuch für Druckereileiter, Fachren, Maschinenmeister und Lehrlinge. Bearbeitet von H. Engelhardt. Geb. . . 4 Mh.

„Der Schnellseher.“ Lehrbuch für die gesamte Fachwelt in der Seher- und mit vielen Abbildungen u. Schreibebeispielen. In kleinem, handb. 10 Mh.

„Der Farbenreiz im Druckwerk.“ Mit zahlreicheren Abbildungen u. Fig. im Feigl. 200 Seiten stark und 12 farbenprächtigen Tafeln. Von Rudolf Engelhardt, Leipzig. In geschmackv. festem Einband 40 Mh.

Nur lieferbar bei sofort. Bestellung unter vorheriger Einbindung des Betrags oder unter Nachnahme vom Verlag Julius Maier, Leipzig-Pl., Senefelderstraße 13/17. Postcheckkonto Leipzig 6621. Porto und Verpackung extra.

Verlangen Sie illustriert. Prospekt über Rauchs Formbuch für Seher und Drucker. 1747 M. Rauch, Stuttgart, Sobenjollernstraße.

Alte, bemalte Tassen und Krüge

kauft zu hohem Preise. 1838
Fr. Wagner,
Münberg, Wilhelm-Epöth-Str. 76 III.

mit 6 Tafeln M. Franko
G. Fritz, Frankfurt a. M.
Friedberg/Landkreis

Winkelhaken Bierzippel, Couleurbänder Buchdruckermägen

Schlips- u. Verbandsnadeln
Berkezeugkasten verlässlichbarlos.
Malchenleher u. Seher empl. 1. best. Qual. Kollege Max Voigt, Leipzig-Görlitzer, Papiermühlstr. 511. Preisliste gratis. 1674

Paul Thlow, Erich Wiczorek
und sonstige bekannte Kollegen aus Graudenz (Westpr.) gebt bitte ein Lebenszeichen an
Oskar Altschstein,
a. J. Rittergut Albinow (Str. Drosswald).

Am 28. November verstarb unser lieber Kollege, der Seher

Joh. Cruse
aus Hamburg, im 71. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 1. Dezember verschied hier nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Seher

Willi Mentrop
im Alter von 34 Jahren.
Der Ortsverein verliert in ihm einen lieben Kollegen, der stets Interesse für den Verband gezeigt hat. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Ortsverein „Typographia“ Neuwied.

Am 29. November verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege und treues Mitglied, der Seher

Willi Heindorf
im Alter von 27 Jahren.
Der Ortsverein verliert am 30. November unsern liebsten und langjährigsten Mitglied, der Seher inwalde
August Köchy
im Alter von 39 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Bezirksverein Braunschweig.

Nach einem kurzen Krankheitslager verstarb am 26. November unser lieber Kollege, der Seher

Max Weber
aus Magdeburg, im 64. Lebensjahre.
Ehrendenken seiner stets
Der Ortsverein Magdeburg.

Am 1. Dezember verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Drucker

Willi Großkopf
aus Grome, 23 Jahre alt.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Göttingen.

Eingabungen an den „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker“ auf Postcheckkonto Leipzig Nr. 613 23

Das am 20. DEZEMBER 1921 erscheinende

OFFSETHET

der „Typographischen Mitteilungen“ wurde von dem Verein Leipziger Buchdruckmaschinenmeister nach erfolgter Rezitation der Subskriptionslisten in 500 EXEMPLAREN bestellt. Weitere Vorausbestellungen gehen täglich ein. Wir bitten alle Kollegen, die nicht Abonnenten der „T.M.“ sind, das Sonder-Offsetheft sofort zum Preise von 7 Mark zu bestellen, da ein Nachdruck infolge der hohen Kosten nicht möglich ist.

VERLAG DER TYPOGRAPHISCHEN MITTEILUNGEN
LEIPZIG, SALOMONSTRASSE 8. POSTSCHECKKONTO 52287

Baseln Sie? Dann kaufen Sie meine Handwerkzeuge und Tisch-Hobelbank „Voraus“ DRGM. a 85 Mh. Neu! Mit Vorder- und Hintergange. Verlangte Prospekt gratis. 1822
Ortlichkeit, Leipzig 208, Mottestraße 57.

Handseher, Maschinenseher
Wichtige Kräfte, zum sofortigen Eintritt gesucht.
Ausführliche Bewerbungen mit Zeugnisabschriften werden erbeten unter Nr. 815 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Tüchtiger Linotypseher
In Dauerleistung sowie jüngerer, korrekter, flotter Werkseher zur Ausbildung an der Linotype gesucht. Nach erfolgreicher Ausbildung angenehme, gutbezahlte Dauerstellung. 1839
Bewerbungen mit Zeugnisabschriften usw. an
G. Kottendorf, Bide I. W.

Flotter Monotypseher
für D-Zeiler zum baldigen Eintritt gegen gute Bezahlung nach Stuttgart gesucht. Gefl. Angebote erbeten unter Nr. 820 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Wir suchen zu möglichst baldigem Eintritt: 1816
sechs Komplettmaschinengeher
für Boucher, Type I
einen Seher
einen Justierer
für Durchschub-Plattengiechmaschine,
für dauernde Beschäftigung.
Benj. Krebs Nachf., Frankfurt a. M.

Maschinenmeister
nur ältere, erfahrene Kräfte, für seine Akzidenzen sofort gesucht. Kenner des „Universal“ erhalten den Vorzug. 1825
Emil Esfeld, Bonn.

Maschinenseher
für Maschine B in selbständige, dauernde Stellung für sofort oder später gesucht. „Lohn- und Marjering“, 1824
Blenz a. d. Lahn.

Typographseher
Modell B. tüchtiger Maschinenkenner, bei guter Bezahlung sofort gesucht. Akzidenzmeister der „Saarzeitung“, Saarbrücken (Saargebiet).

Russische Seher
sucht sofort! 1827
S. S. Hermann & Co.,
Berlin SW 19, Beuthstraße 8.

Tüchtiger Maschinenmeister
für Sehera gesucht. Eintritt möglichst sofort. Hauptbedingung: lange praktische Erfahrung. Gute Bezahlung nach näherer Abereinkunft. 1824
„Abelnsche Rundschau“, Koblenz.

Akzidenz-, Werk- und Zeilungsseher
finden geeignete Fachlehrbücher im Graph. Verlag
A. Siegel, München 9. Katalog 50 Pf.

Teuerung und Invalide — Staat und Gewerkschaft

Die vom Verbandsvorstande sehr bewilligte außerordentliche Unterstufung von 100 Mk. als Weihnachtsgabe läßt die Not untrer Invaliden wieder einmal grell in die Erscheinung treten. Viele Stacheln sind schon über dieses Thema in den Spalten des „Korr.“ verfleischt worden, aber noch aus keinem hat es herausgehungen, wie diesem Übelstand abzuhelfen sei. Selbst der Kollene Pechbold in Breslau liebt bei seinem Postfremden in Nr. 100 des „Korr.“ keinen andern Ausweg als die Gewährung einer Teuerungszulage an die Invaliden durch den Verband. Als ob dadurch das Elend aus der Welt geschwift werden könnte! Was ist ja vollständig ausgeschlossen. Jeder halbwegs rechnerisch begabte Kollege muß sich doch sagen, daß es dem Verband unmöglich ist, den Invaliden das Existenzminimum zu bieten. Nein, hier müssen andre Kräfte in Bewegung gesetzt werden; hier kann nur der Staat helfen.

Von den Umarbeitungen und Novellen der Alters- und Invalidenversicherung verspreche ich mir gar nichts. Deren ganze Leistung bestand bis jetzt in weiter nichts als in schematischem und mechanischem Umschreiben neuer Vertragsklauseln. Von einer Neugestaltung nach dem heutigen Zeitgeiste keine Spur. Im großen Ganzen kann man eben sagen: Der irrendste Berg gebor ein Mühsalen.

Was heute verlangt werden muß, ist eine vollständige Umstellung des ganzen Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenwesens, und zwar auf der Basis der Pensionsordnung der Staatsbeamten. Das erfordert der lokale Ausgleich wie auch die Berechtigung. Um die letztere zu erörtern, vergegenwärtige man sich einmal das ganze Heer der sogenannten Unterbeamten in Reich und Gliedstaaten, namentlich bei Post und Eisenbahn. Aus welchen Kreisen sind denn diese Leute, mit denen wir uns doch quasi auf eine Stufe stellen können, hervorgegangen? Wohl zum allergrößten Teil aus Arbeiterkreisen. Und was war die Ursache ihrer Ableiter vom erteilten Berufe, sofern sie überhaupt einen hatten? In weitaus den meisten Fällen wohl militärische Verhältnisse in den betreffenden Gewerben, als da sind: mangelnde Arbeitsgelegenheit, schlechte Bezahlung und Behandlung und dergl.; es mögen auch Fälle darunter sein, in denen die Betroffenen nicht läbig waren, ihren Mann im Versuche zu stellen. Aber heute sind die Leute mit ihren Familien bis zu ihrem Tode, ja, darüber hinaus, verlor. Sie haben bessere Berufe und namentlich bessere Verdienstmöglichkeiten für den kranken Zustand als die Arbeiter. Auch sonst wirken ihnen mancherlei Vergünstigungen in späteren Jahren ihrer Amtstätigkeit. Übrigens, ich habe noch keinen 70-jährigen Post- oder Eisenbahnbeamten im Dienste gesehen. Sie sitzen in diesen Jahren auf ihrem Altenteil und verleben in Ruhe und Beschaulichkeit ihre Pension. Und wir, die „Arbeiter“, die im Leben von Arbeitslosigkeit geplagten Arbeiter bekommen Alters- und Invalidenrente — und was für welche!

Sch bin der letzte, der den kleinen Beamten ihre durch lange Dienstzeit erworbenen Gehaltsrechte mißgönner wollte. Aber das soll uns anpornen, auch für uns, die wir unserm Beruf in guten und schlechten Zeiten freugeblieben sind und dadurch der Volksgemeinschaft durch produktive Arbeit wahrlich mindestens ebensoviel Nutzen gebracht haben als ein untergeordneter Staats- oder Gemeinbediensteter, dieselben Rechte in Anspruch zu nehmen. Wir, nicht nur die großstädtischen Berufe, sondern die ganze Arbeiterschaft muß also darauf blicken, daß unsre Alters- und Invalidenversicherung nach denselben Grundsätzen geregelt wird wie die der Beamten, und zwar auch in bezug auf Witwen- und Kinderunterstützung. Wo ein Wille ist, da ist doch auch ein Weg.

Vor einigen Jahren — wenn ich nicht irre war es zu der Zeit als die Angestelltenversicherung zur Beratung stand —, hatte eine große Leipziger Zeitung eine Umfrage — Enquete würde man heute sagen — an eine Anzahl Großindustrieller veranstaltet, die darauf hinauslief, wie sich die Befragten zu der Altersversicherung ihrer Angestellten verhielten. Die Antworten waren sehr unterschiedlich, aber soweit mir erinnerlich, war keine darunter, die sich strikt ablehnend verhielt, trotzdem doch die Angestelltenversicherung auch den Unternehmern wesentliche Nutzen aufzulegen. Der Mitinhaber eines Leipziger Weltbrauhauses gab die Gespinntheit seiner Firma kund, die darin besteht, den invaliden Mitarbeitern die Differenz zwischen Rente und Staatsbeamtenpension nach dem Gehaltssteigerungen zu zahlen, den sie eben zuletzt gehabt haben. Voraussetzung war dabei vierzigjährige Zugehörigkeit zum Brauereibetriebe (analog derelichen Dienstzeit beim Staate). Wohlwermittig galt das nur für Angestellte, für die Arbeiter bestand ein anderer Maßstab. Wenn auch hier noch mit zweierlei Maß gemessen wurde, so kann man doch erleben, daß auch in diesen Kreisen das Prinzip der Alters- und Invalidenversicherung anerkannt wurde.

Sch leide nicht ein, warum dieses Prinzip nicht für alle Arbeiter, Klein- und Handarbeiter in Staat und Industrie gelten soll. Sind wir etwa mindere Menschen?

Saben wir und unsre Witwen nicht denselben Anspruch auf ausschmückte Verorgung als irgendein ehemals krieglicher Türkschieber oder Nachwächler?

Die Not der Invaliden schreit zum Himmel. Viele Kollegen, wohl die meisten, willen gar nicht, unter welcher prekären Verhältnissen diese Unglücklichen ihr Leben fristen müssen. Altersrente und Verbandseinwandsunterstützung zusammen genommen, ergeben vielleicht den Lintien, im unglücklichsten Falle den vierten Teil des Existenzminimums. Wo bleibt das übrige? Wer nicht das Glück hat, bei erwachsenen Kindern oder sonstwo Unterhalt zu finden, kann langsam zur Grube gehen; an selbständige Weiterleitung des Haushalts ist nicht zu denken. Jeden Genuß, auch den kleinsten, muß sich der Invalide verlagen. Und das, nachdem er in 30., 40. oder gar 50-jähriger treuer Berufsarbeit seine Kräfte geopfert hat! Ist das ein Los eines Menschen würdige, oder ist es Barbarei?

Vor allen Dingen wäre es wohl notwendig und zweckmäßig, sich mehr als bisher in den Versammlungen mit dieser Materie zu befassen. Durch die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse ist das Lohnproblem bei untern Zusammenkünften zu sehr in den Vordergrund getreten worden. Das muß in Zukunft wieder anders werden. Wir müssen uns auch wieder Themen zuwenden, die, wenn auch nicht streng gewerkschaftlicher Natur, unser ganzes Interesse in Anspruch nehmen sollten, um so mehr, als es fast bei jeder Invalidentätserklärung ein großes Erkennen über die allzu geringe Rente abfließt. Ich möchte eschuld vorbringen, in allen Versammlungen, auch den mittleren und kleinen, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und von einem mit der Sache vertrauten Referenten behandeln zu lassen. Unre Kartelldelegierten könnten die Angelegenheit in den Gewerkschaftsstarzellen ansprechen und dadurch veranlassen, daß sich auch die übrige Arbeiterschaft dafür interessiert. Wenn dann die Anteilnahme der Arbeitermassen sich zeigt, könnten deren Wünsche auch mit mehr Nachdruck in den höheren Regionen zur Kenntnis gebracht werden. Vielleicht können wir die veräurte Revolutionsarbeit Stückweise nachholen.

Was fehlt war es ja tatsächlich so, daß die Mitglieder mit schmerzlichen Blicken nach der hohen Verwaltung schauten und warteten, bis dort eine kleine Aufbesserung ausgeworfen worden war; man fand es gerecht, dafür auch entsprechende Beiträge leisten zu dürfen. So ist natürlich mein Vorschlag nicht gemeint. Diese Pensionen — ich denke an 75–80 Proz. des letzten Lohnes im 60. Lebensjahre — müssen vielmehr gleich denen der Staatsbeamten durch Teuerung aufgebracht werden. Muß das deutsche Reich der Entente die vielen Goldmillarden in den unerlässlichen Rachen werfen, so sollen auch genügend Pariermillionen für die Arbeiter übrig bleiben, die die Wärie zu diesen unerhörten Kontributionen erst mit ihren Steuern und Händen schaffen müssen.

Leipzig.

Richard Niklas.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Arbeitszeitverlängerung in der Reichsdruckerei.) Zu sehr durchweg stark beluchten Betriebsverhältnissen wurde der Belegschaft der Reichsdruckerei Bericht gereicht über die Absichten des Postministeriums und der Direktion, die Arbeitszeit um zwei eventuell vier Stunden zu verlängern. Die Referenten schickten in großen Zügen die Vertreter der Arbeiterschaft zur Erreichung des Abstillendens. Auch in der Reichsdruckerei wurde nach Ausbruch der Revolution die alle sozialistische Forderung durchgeführt. Nunmehr glaubt das Postministerium anlässlich der Beratungen des Mantelrats den Augenblick für gekommen, der Belegschaft der Reichsdruckerei die Arbeitszeitverlängerung aufzuzwingen zu können. Wie unglücklich diese Maßnahme sich auswirken wird, legten die Redner an einigen Beispielen klar. In lebhafter Diskussion lebten die Beratungen die unerhörte Zustimmung einer Verschlechterung der sehr bestehenden Verhältnisse ab. Dies kam in folgender Resolution zum Ausdruck, die in allen Versammlungen mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde: „Von der Zustimmung der Direktion und des Ministeriums, die Arbeitszeit von 44 auf 46 Stunden zu verlängern, nimmt die Arbeiterschaft und Angestelltenchaft mit äußerster Entschiedenheit Kenntnis. Sie ist bereit, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eine solche Zustimmung, unter welcher Form sie auch gestellt sein möge, niederzukämpfen.“ Mit dieser Erklärung nahmen die Versammelten Kenntnis von den erlassenen Verhandlungen über die geforderte Arbeitszeitverlängerung. Sie teilweise recht drastischer Weise wurde das Verhalten des Postministeriums und der Direktion einer harten Kritik unterzogen. Alle Verhandlungen stimmten einer Resolution zu, die die Gewerkschaften, den ADGV, den Verbund und die Parteien auffordert, bei der Reichsregierung energische Schritte zu unternehmen, um durch gleichzeitige Maßnahmen der gesamten Arbeiterschaft ein ausreichendes Existenzminimum zu sichern.

Berlin. Am 20. November hatten sich die Maschinenleger und Korrektoren zu einer gemeinsamen Versammlung eingeladen. Nach einleitenden Worten des Kollegen Braun hielt Herr Gebhardt einen Vortrag über: „Ursprung und Bedeutung der deutschen Schrift“. Mit Hilfe von Lichtbildern schilderte der Redner die Entstehung der ersten Schriftzeichen, wobei er bis in die graueste Vorzeit zurückgehen mußte. Er zeigte weiter, wie sich durch die Buchstabenreformen die einzelnen Schriftzeichen entwickelt haben und demonstrierte die Veränderungen derselben sowie alle Varianten. Der Redner steht auf dem Standpunkte, daß wir als Deutsche die deutsche Schrift als deutsches Volksgut in Anspruch zu nehmen haben und beim Schreiben nur die deutsche Schrift anzuwenden sollten. So haben große Männer, wie Goethe, Klopstock usw., sogar bei Unterschritten sich nur der deutschen Schrift bedient. Große Bekanntheit sollte allerdings bei dieser Gelegenheit die Unterschritt Wilhelm des Ersten aus. Auf die Lateinschrift eingehend, wies der Vortragende an der Hand von Beispielen die Überlegenheit der deutschen Schrift nach. Sie erfordert beim Lesen bedeutend weniger Augenbewegungen. Die Ermüdungssteigerung der Augen beim Lesen der lateinischen Schrift der deutschen gegenüber beträgt 156 Proz., die Lateinschrift 100 Proz. Mit dem Wunsche, sich stets für die deutsche Schrift einzusetzen, schloß Redner seinen lehrreichen Vortrag. Hierauf erhielt Kollege Fülle das Wort zu seinem Vortrag: „Ein Nachwort zu der gelehrtesten Rechtschreibänderung“, wobei er zunächst erklärte, daß er über solche Taten nicht gern spreche. Wenn die neue Schreibweise durchgekommen wäre, hätten wir Buchdrucker von vorn zu lernen anfangen müssen. Die plötzliche Umänderung hätte dazu geführt, daß die Kinder die Briefe ihrer Eltern nicht mehr lesen könnten und daß unser Nachkommen die Schöpfungen und Werke unserer Väter verloren hätten. Wir als Buchdrucker seien daran interessiert, daß die Änderung der Rechtschreibung in Bahnen vor sich geht, daß das lesende Publikum ihr folgen kann. Die fortgesetzten Änderungen unserer Rechtschreibung hätten dazu geführt, daß unsre Auslandsdeutschen davon nichts mehr wissen wollten. Alle Drucklagen, die im Zustande für die neue Rechtschreibung aufklärend wirken sollten, hätten in der alten Schreibweise hergestellt werden müssen, weil sie sonst nicht verstanden worden wären. Außerdem wären wir auf die größten lehrlichen Schwierigkeiten gestoßen. Wir hätten geradezu eine einzelne Mauer um uns gezogen. Bei einer solchen Umstellung müssen die Praktiker unbedingt gehört werden. Wir müßten verlangen, daß die öffentlich geltende Rechtschreibung so sei, daß sie jeder begreifen und mitmachen kann. Auf die Beilegung des Großbuchstabs zurückkommend, bestonte Redner, daß wir den Großbuchstaben doppelt notwendig haben. Er behauptete, der ganze Abzügenstab würde zum Teufel gehen, wenn wir auf den Großbuchstaben verzichten würden. Und da hätten wir Buchdrucker vor allem mitzuprechen. Eine solche einschneidende Änderung der Rechtschreibung in der heutigen Zeit vorzunehmen, wo wichtigere Fragen erledigt werden müßten, die auf unsre Maenfrage von großem Einflusse seien, das müße mit den allerstärksten Mitteln gehandelt werden. Wir alle müßten dazu beitragen, daß die in der Volksschicht verkehrende neue Rechtschreibung nie wieder das Licht der Welt erblickt. Unter großem Beifall schloß Kollege Fülle seinen interessanten, hochgehaltenen Vortrag. Eine Debatte über beide Vorträge, die rein informativ waren, wurde nicht beliebt. Kollege Braun dankte beiden Vortragenden für ihre Ausführungen.

Berlin. (Situationsbericht der Rotationsabteilung.) In den letzten Monaten hatten wir ein sehr reges Versammlungsleben zu verzeichnen. Galt es doch, dem Beschluß einer Vertrauensmännerversammlung der Rotationalen Stellung zu verschaffen, in allen Betrieben, in denen Rotationaldrucker beschäftigt werden, eine Forderung auf 50 Mk. Lohnhöhung einzusetzen, um die Spannung zwischen Rotations- und Flachdruckerlöhnen, wie sie in der Kriegszeit bestand, wieder herzustellen. Die notwendigen Verhandlungen wurden von einer aus den Reihen der Kollegen gewählten Kommission mit der Prinzipalität geführt. Angehts dieser Verhandlungen gestalte sich auch der Versammlungsbezug sehr lebhaft. Zur Information der Kollegenchaft über den Gang der Verhandlungen machten sich im September drei Versammlungen notwendig. Infolge der Tarifausdehnung im September trat ein Stillstand in den Verhandlungen ein und diese konnten erst Anfang Oktober wieder aufgenommen werden. In der Schlußsitzung am 12. Oktober wurden dann Zulagen von 20 bis 25 Mk. ab 1. Oktober vereinbart und am gleichen Abend einer Abteilungsversammlung von der Kommission zur Annahme empfohlen. Nach einer ausgedehnten Debatte wurde den Zugeständnissen gegen eine starke Minderheit zugestimmt. Wie der starke Beifall dieser Versammlungen und auch gleichzeitige vorgenommene statistische Erhebungen erwiesen, ist es dem größten Teil untrer Kollegen möglich und angenehmer, Wochentagsversammlungen zu besuchen. Ein dementsprechender Vorschlag des Vorstandes, mit dem Modus der Sonntagversammlungen zu brechen und die Monatsversammlungen auf einen Wochentag zu verlegen,

land einflussreiche Annahme. — In der Verammlung am 14. November gab der Vorsitzende einen Bericht über die Urkunden und den Stand des Streiks in den Hauptdruckereien der Metallindustrie. Zum Spartenvertreter im Gaurorstand wurde wiederum Kollege Sul gewählt. Unter „Technischem“ wurde das Modell eines neu konstruierten gelben Seilers vorgeführt. Dieser Patentheber vermeidet bei der sich dauernd verändernden Produktion im Zeitungsbetriebe das Wechseln der Heber, da sich jeder Teil durch eine einfache Handhabung leicht an- und abstellen läßt. Die ersten Exemplare des Hebers versprechen weitest Verbreitung. Auch diese Verammlung hatte einen erfreulich starken Besuch anzuweisen. — Der Vortrag vermittelte die Kollegen nach deren Familienzuweilen in jeder Beziehung harmonisch verlaufenden Unterhaltungsabend.

Dresden. (Ereignisse und Galvanoplastik.) Unsere Verammlung am 19. November war sehr gut besucht. Anwesend waren auch unser Gaurorleiter Freitag, Gaurorverwalter Schröder und der Vorsitzende der Malchenfurter, Kollege Müller. Gaurorleiter Freitag hielt einen Vortrag über „Die Sparten in der Organisation“, der mit großer Aufmerksamkeit und Beifall aufgenommen wurde. Im weiteren Verlaufe der Tagesordnung wurde zu dem im „Korr.“ veröffentlichten Artikel „Ereignisse, Leid und Wohl und wahrer eurer tariflichen Rechte“ sowie der Forderung des Kempter Werkes (Nürnberg) in reiner Aussprache Stellung genommen. Das vom Vereine verfaßte Preisanschreiben zur Erlangung eines Preisbogens und Umhülls lagte eine reze Bestimmung unserer Spartenkollegen. Die Bewertung wurde in der Verammlung vorgenommen und die Verteilung der Preise erfolgt in der Dezemberverammlung.

Duisburg. Unsere Verammlung am 19. November erfreute sich eines guten Besuchs. Vier Aufnahmegerichte lagen vor. Eine längere Verhandlung erliefen unter Punkt „Geschäftliches“ die Zustände in der „Kantat“-Druckerei. Die Firma leistet in der Konkurrenz außerordentliches. Um trotzdem auf ihre Kosten zu kommen, wird aus den dort befristeten Kollegen das Möglichste herausgeholt. Mit Vorliebe werden junge Kollegen aus der Provinz herangezogen und bei ihrer Einstellung wird vierwöchige Probezeit verlangt. Am 19. November ist dem Betriebsmann erklärt worden, daß er sich nach einer andern Stelle umsehen möge. Nach ungefähr dreijähriger Tätigkeit in diesem Betriebe ist man auf einmal nicht mehr mit seiner Arbeit zufrieden. Es ist an der Zeit, daß dieser Konkurrenz endlich einmal energisch auf den Leib gerückt wird, denn letzten Endes sind die Kollegen die Leidtragenden, die trotz Schindpreisen den Profit für die Firma herauskassieren müssen. Seltens des Vorstandes sind in dieser Angelegenheit die nötigen Schritte eingeleitet. Sollen sich unter Vorbehalt auch durch die Mitglieder des Deutschen Buchdruckervereins unterstützt. Der Kollegenverein ein „Graphia“ ist hier wieder zum Leben erwidert und eine statliche Sängerkörpers stelle sich unter Leitung des Kollegen Gull zur ersten Probe ein. Aus der Ortsliste wurden dem Vereine 300 Mh. überwiesen. Zum zweiten Punkte wurde der Kartellbericht entgegengenommen und zum dritten Punkte der Stellenbericht vom dritten Quartal, der mit einem Bestande von 8263,54 Mh. abschließt.

Schwabach (Bayern). Kollege Johannes Gerold, seit Oktober 1896, also volle 25 Jahre, hier konstantierend, und fast ebenso lange Verbandskassierer der Mitgliedschaft Schwabach, konnte in diesen Tagen nicht nur das 25jährige Gedächtnis, sondern zugleich auch sein 50jähriges Berufsjubiläum begangen. Er trat 1871 bei Gebrüder Müller in Ulm a. D. in die Lehre als Seher. Nach Ableistung der vierjährigen Lehrzeit ging er auf die Walse, konstantierte in Rothenburg o. d. T., Würzburg, Bamberg, Furmanen, Bonndorf, Dresden, Potsdam, Nürnberg, Nordlingen (wo er als Neunfundenhämper wieder den Wanderstab ergriffen mußte), dann in Ansbach, nochmals in Nürnberg und endlich in Schwabach. In vier Jahren gehörte Kollege Gerold unserm Verbände 50 Jahre an. Von einer besonderen, offiziellen Feier des Doppeljubiläum wurde in Berücksichtigung der ersten Zeitverhältnisse Abstand genommen. Möge dem verhältnismäßig noch rüstigen Jubililar ein ungetrübter, froher Lebensabend beschieden sein!

Wiesbaden. (Drucker — Wertesjahrsbericht.) Es fanden im dritten Vierteljahre drei Verammungen statt; die erste außerordentlich die Generaerverammlung brachte eine Neuwahl des Vorstandes. In der Verammlung am 30. August hielt Kollege Bechel einen Vortrag über den „Illustrationsdruck“. Die dritte Verammlung fand am 25. September am Vororte Viebrich a. Rh. statt, in welcher Kollege Lehmann einen längeren Vortrag über den Farbendruck hielt. Die Verammlung beschloß, für die Wintermonate einen Auswärtigenkurs ins Leben zu rufen. Anstehend an die Verammlung fand eine Beschließung der bei der Firma J. Seider (Niederr.) in Betrieb befindlichen Hochdruckrotationsmaschine statt, die bei den Kollegen großes Interesse hervorrief.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Tariflicher Konflikt in Tübingen. In Tübingen, der zweitgrößten Stadt Württembergs, wo in sieben tariflichen Druckereien 100 Gelehrte und dazu entsprechend Hilfsarbeiter und Anstehende beschäftigt werden, trat am 3. Dezember das technische Personal in allen Druckereien wegen Arbeitsbewilligung der ab 1. Dezember rühenden Lohnzulagen in den Ausstand. Am 2. Dezember wurde es bei der Lohnzahlung zur endgültigen Fälligkeit, daß die Prinzipale die neuen Lohnzulagen nicht zahlen wollen. In einer für

den Abend anberaumten Verammlung der Arbeitnehmers einige man sich schließlich nach Statthalter Aussprache, da Verhandlungen doch zweifellos seien, dahin, daß den Verlegern bis 3. Dezember früh 9 Uhr ein Ultimatum gestellt wird, bis zu welcher Zeit der neue Tarif anerkannt sein mußte. Die Arbeit wurde anderlags ordnungsmäßig wieder aufgenommen, da aber kein Bescheid im Sinne des neuen Tarifs erteilt wurde, erfolgte die Arbeitsinbesetzung. Am 4. Dezember haben die Prinzipale in Jülichburg Besprechungen gehabt. Wie die Entschlüsse dort ausgefallen sind, entzieht sich noch unser Kenntnis.

Die Gehilfenliste des „Rheinischen Merkur“ in Köln. Die Buchdruckerei und der Verlag des „Rheinischen Merkur“ gingen vor wenigen Jahren infolge Todesfalls in den Besitz des St. Josephvereins, G. m. b. H., über. In tariflicher Beziehung blieb nach persönlicher Erklärung alles beim alten. Nach dem Kölner Buchdruckerstreik im August hatte es aber die Firma nicht für nötig belunden, das gelamte Personal wieder einzustellen, zu der sie genäh der zwischen beiden Parteien getroffenen Vereinbarung verpflichtet gewesen wäre. Es waren Leute darunter, die der alten Firma über vierzig Jahre ihre Dienste widmeten. Die Firma wurde natürlich daraufhin im „Korr.“ für tariflos erklärt, also für tariflose Gehilfen gelpert. Selbstverständlich gelang es der arbeitserindlichen Firma nicht, ausreichendes und brauchbares Gehilfenmaterial zu erhalten. Regelmäßiges Erscheinen konnte nicht durchgeführt werden und das Aussehen der Zeitung spottet seitdem jeder Beschreibung. Von versuchtem Sahe, mit zu viel, zu wenig oder gar ohne Farbe wird gedruckt. In der Nummer vom 27. November „prant“ nun am Fuße der ersten Seite eine beinahe halbseitige Erklärung in großer letzter Schrift:

Wegen Bonholts- und Sablage haben wir immer noch große Schwierigkeiten und bedauern, die Gebuld unser Leser immer noch in Anspruch nehmen zu müssen. Zahlreiche Zuschriften lassen uns jedoch erkennen, daß ein großer Teil unserer Leser wohl weiß, daß der mangelhafte Druck und das unregelmäßige Erscheinen nicht durch uns verschuldet ist, sondern daß gewisse Kreise gegen uns arbeiten.

Uns wird das nicht abhalten, auch weiterhin die Wahrheit zu sagen, und wir entnehmen den Zuschriften aus dem Beserkreise, daß auch die Treue unser Besucher uns gewiß ist.

Wir hoffen, daß der „Rheinische Merkur“ bald in tadellosem Druck mit der notwendigen Pünktlichkeit erscheinen wird.

In dieser Erklärung arbeitet die Firma mit Täuschung, und die Gehilfenliste wird in gemeiner Weise verächtlich. Seinen Fehler der Tarifverweigerung sieht man nicht ein. Vom Gewerbegericht verurteilt, wurde auch seitens der Gehilfenvertretung mehrmals verurteilt, die Firma leinertzeit von ihrer arbeitserindlichen Haltung abzubringen, aber vergebens. Wenn sich das Unternehmen nicht doch noch zur Anerkennung und Einhaltung des Tarifs ermannen kann, dann mag es die Folgen bis zur Neige kosten.

Meisterprüfungen. In Darmstadt haben vor der Meisterprüfungskommission für die Provinz Starkenburg folgende Kollegen die Meisterprüfung mit Erfolg bestanden: Arthur Becker (Darmstadt), Georg Braun (Groß-Gelnhausen), Karl Degoutrie (Groß-Steinhelm), Ludwig Sedt (Darmstadt), Erich Krieg (Zwingenberg (Sachsen)), Karl Müller (Frankfurt a. M.), Karl Niem (Offenbach a. M.), Arthur Rödder (Darmstadt), Wilh. Kolbenstein (Gernsheim), Matthias Träger (Würrstadt).

Papiermangel durch geringe Wagengestellung. Soweit die Papierknappheit auf Eisenbahnwagenmangel zurückzuführen ist, indem die Kohlen- und Rohstoffzufuhren und zeitweilig auch die Forderung fertiger Papierquantitäten unterbunden wird, muß sofort Abhilfe geschaffen werden. Mehrere größere Zeitungspapierfabriken, wie in Kasselwitz bei Steina sowie Limmendorf und Müdenstein bei Halle, sollen über erhebliche Mengen transportfertigen Druckpapiers verfügt haben, die aber durch unzureichende Wagengestellung nicht abtransportiert werden konnten. Es ist anzunehmen, daß inzwischen die Bestellung besser geworden ist. Wenn wie man hört, soll an der Wachenknappheit in den letzten Wochen neben der Unbenutzbarkeit der geloteren Wassertrassen und der vermehrte Transport durch die Volatulgelächtemacher auch das allgemeine Bestreben der Geschäftswelt, zum Transport von Waren noch den alten Eisenbahntarif auszunutzen, hervorragenden Anteil haben. Sollen sich kommt auch der „Korr.“ nicht wieder in Verlegenheit, wie schon einmal, daß erst am Tage der Drucklegung das notwendige Papier zur Auflage angerollt wird. Der Wagenmangel hat in letzter Zeit allgemein schärfere Formen angenommen, wozu auch die den Eisenbahnbetrieb erschwerenden ungünstigen Witterungsverhältnisse (Eis und Nebel) beigetragen haben. Gegen Wagenmangel sollte aber alles aufbehalten werden.

Schiffszulagen und Presse. Die Verleger empfinden die Vorschriften auf Grund der Verordnung betreffend die Schiffszulagen als unerträglich, da die Preisprüfungsstellen keine einbildliche Feststellung getroffen haben, was als „Gegenstände des täglichen Bedarfs“ zu gelten hat. Die Gerichte wurden unnötigerweise mit Streitfragen belastet, die nach Aufhebung der Zwangswirtschaft gegenstandslos sein sollten. Aus diesem Grunde wird die Aufhebung der Verordnung gefordert. Wie man beobachten kann, werden auch die Vorschriften in der Provinz nur noch wenig gehalten. Aber wie die Dinge sich jetzt entwickeln, wird die Verordnung jedenfalls noch einmal im Stempel gegen Schieber- und Wucherum sehr erfolgreich angewendet werden können, so daß wohl im Interesse aller Verbraucher ihr Bestehenbleiben erwünscht wäre.

Gegen den Wucher mit Kartoffeln. Die wiederholt immer dringlicher erhobenen Vorstellungen der Verbrauchervertreter im Verein mit den bedrohlichen Nachrichten aus den verschiedenen Landestellen haben endlich doch dahin geführt, daß das Reichsernährungsministerium von seinem bisherigen Standpunkte des Gebens- und Gebenlassens abgewichen ist. Ein klein wenig zwar nur, aber immer-

hin doch abgewichen. Man konnte sich nicht länger der Einsicht verschließen, daß das „freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte“ nicht zu dem erhofften und immer wieder als unbedingt erforderlich verkündeten natürlichen Ausgleich führen wird, so lange wir in Deutschland keine regulären Marktverhältnisse haben. Und die haben wir für die Lebensmittelversorgung nun einmal nicht und werden sie noch recht lange nicht haben. Säfte man die jetzt getroffenen Maßnahmen, auf die wir bereits in einer Rundschau im Nr. 133 aufmerksam machten, sechs bis acht Wochen früher ergreifen, dann wäre es zu den außerordentlichen und bedrohlichen Erfolge nunmehr jedenfalls überhaupt nicht gekommen. Jetzt kann man nur wünschen und alles dazu tun, daß sie sich nicht als zu spät getroffen erweisen. Beschlossen wurde zweierlei. Erstens die Sammelzettelpflicht für jeden Verkäufer von Kartoffeln, sofern er solche außerhalb des Kommunalverbandes, in dem er seinen Wohnsitz oder seine Niederlassung hat, aufkaufen will. Und zwar ist die Handelsvermittlung für jeden Bezirk, in dem er aufkaufen will, bei dem hiesigen Verwaltungsbehörde nachzusuchen. Wo es den Kommunalbehörden für notwendig erachten, können sie die Sammelzettelpflicht auch für die in ihrem Bezirk anwesenden Verkäufer einführen. Diese Maßnahme dürfte immerhin den Ertrag vermindern, daß das wilde Aufkäuferium, das am meisten schuld hat an dem Hochschnellen der Preise, etwas erschwert wird. Sodann sollen nunmehr sofort in allen Verwaltungsbezirken Kommissionen, bestehend aus Vertretern der Erzeuger, des Handels und der Verbraucher, gebildet werden, die auf Grund von Nachfragen, die das Ministerium herauszugeben hat, so etwas wie angemessene Erzeugerpreise feststellen sollen. Zugleich soll durch die vorerwähnten Maßnahmen erreicht werden, daß die Verschleppungen von Kartoffeln, die an verschiedenen Stellen auf Grund der eingeleiteten Strafvorfahren wegen Wucher Kartoffeln haben, aufgehoben werden, um sie den Verbrauchern zuzuleiten. Das Verfahren selbst soll dadurch nicht unterbrochen oder aufgehoben werden. In der Tat ist die Zahl der eingeleiteten Strafvorfahren größer, als gemeinlich angenommen wird. Um bei Eintritt wärmeren Wetters sofort die Kartoffelverteilung in größerem Umfange vornehmen zu können, ist zu empfehlen, daß die Verbraucherorganisationen und Vertretungen in den einzelnen Provinzen und Landestellen sich nun auch ihrerseits rühren, um nötigenfalls die oberen Verwaltungsbehörden zur Eile anzutreiben. Wenn auch nicht zu hoffen ist, daß wir durch die Maßnahmen zu billigen Kartoffeln (nach früheren Begriffen) kommen werden, so können sie bei zweckentsprechender Anwendung doch wenigstens dahin führen, daß dem tollsten Wucher endlich ein Riegel vorgehoben und die Versorgung mit Kartoffeln in normalere Bahnen gelenkt wird.

Offene Stellen für befähigte Gewerkschafter. Vom Zentralstellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin SO 16, Engelauer 24) wird gelucht: ein Arbeiterlehrer zum 1. Januar 1922 für F. H. E. W. zur Erledigung der Geschäftsbildung des Diszussionsbüros und der Betriebsrätezentrale. Gute organisatorische und rednerische Befähigung sowie gute Kenntnisse der Sozialgesetzgebung und des Knappheitswesens sind erforderlich. Handchriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf, Angabe der Organisationszugehörigkeit und der Gehaltsansprüche sind an genannte Zentrale zur Weiterbeförderung einzulegen.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Oktober 1921. Der Oktober hat den besüchsten Umschwung in der Arbeitsmarktlage noch nicht gebracht. Das rasche und tiefe Sinken des Marktwertes, das während des Berichtsmontats eintrat als Folge des in der obersteillichen Frage gestrossenen Galtcheides, das die Erfüllung der Reparationen immer mehr zur Unmöglichkeit macht, hat die Ausverkauf- und Eindeckungskonjunktur einflussvoll weiter setzen lassen. Aber der wirtschaftliche Rückschlag wird durch die stark sinkende Kaufkraft des Landes nicht ausbleiben und wird den Arbeitsmarkt stark beeinflussen. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ läßt die Statistik der unterstühten Erwerbslosen im Oktober einen weiteren, und zwar wesentlichen Rückgang der Zahlen erkennen. Die Gesamtzahl der unterstühten Vollerwerbslosen ging von 185.482 im September auf 151.871 im Oktober, also um 18,1 Proz. zurück. Auch die Arbeitslosenstatistik der Gewerkschaften zeigt einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit. Von 593.815 Mitgliedern waren 71.730 oder 1,2 Proz. (1,4 Proz. im Vormonat) arbeitslos. Bei den 11.713 in der Statistik nachweisen hat der Andrang Arbeitsuchender wieder abgenommen. Die Zahl 896.113 sank auf 893.771. Gleichzeitig stiegen die Stellenangebote von 679.965 auf 697.717. Auf 100 offene Stellen entfielen 128 Arbeitslosene, gegenüber 132 im Vormonat. — Für die graphische Industrie, soweit die Angaben des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der Hilfsarbeiter, der Lithographen und Elektrodruker, der Buchbinder, des Guttenbergbundes und des christlichen graphischen Zentralverbandes in Betracht kommen und in Vergleich gestellt werden können, ergaben sich bezüglich der Arbeitslosigkeit folgende Ziffern:

	Zahl der Arbeitslosen			Zahl der Mitglieder, über die berichtet ist	Mittlere Mitgliederzahl
	Männlich	Weiblich	Zusammen		
Verband der Deutschen Buchdrucker	775	—	775	68.758	74.990
Hilfsarbeiterverband	194	230	424	40.664	44.606
Lithographen und Elektrodruker	280	11	291	18.800	18.827
Buchbinder (im Reichsarbeitsblatt als „Buchbindere“ aufgeführt)	378	793	1171	82.094	82.931
Guttenbergbund	25	—	25	2.413	3.001
Christlicher Zentralverband (christl.)	7	3	10	5.275	5.972
Zusammen	1659	1037	2696	218.004	230.327